

Protokollauszug

aus der

8. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.05.2020

öffentlich

Top 3.1 Auswirkungen der Eindämmungsverordnung 08.05.2020

- **Notbetreuung Kita**
- **Wiederöffnung Kinder- und Jugendclubs**
- **Pädagogische Angebote, inklusive Homeschooling**
- **Erweiterung des Präsenzunterrichts ab 25.05.2020**

- Notbetreuung Kita

Frau Aubel berichtet, dass nach der Veröffentlichung der letzten aktualisierten Eindämmungsverordnung die Träger kurzfristig darüber unterrichtet wurden und es nur wenig Zeit gab, um sich auf die Umsetzung ab dem 25.05.2020 vorzubereiten. Einige Träger konnten dies ihres Erachtens unkompliziert gewährleisten, bei einigen bestand zunächst jedoch noch Klärungsbedarf.

Es gebe vielfach die Kritik, dass Eltern der Kita täglich bescheinigen müssen, dass das Kind keinen Kontakt zu einem Covid-19- Infizierten hatte. Weiterhin herrsche große Verunsicherung in den Einrichtungen bezüglich des Mindestabstands von 1,5 Meter, da dieser praktisch nicht eingehalten werden könne.

Es wird diskutiert, wie genau der Terminus „feste Gruppe“ definiert wird. Dies bedeute, dass die Notbetreuungsgruppen ab dem 25.05.2020 aufgestockt werden können. Die Kitas sollen feste Gruppen bilden, für die bestimmte Tage der Betreuung verbindlich festgelegt werden, so dass sich nur Kinder begegnen, die in einer Gruppe sind. Weiterhin gelte, dass die Notbetreuung prioritär zu behandeln sei. Vom Land Brandenburg wurden weitere Erläuterungen und Definitionen in nächster Zeit zugesagt.

Herr Otto weist darauf hin, dass die alleinige Bezeichnung „Betreuung“ nicht mehr angemessen sei, Erziehung und Bildung auch dazu gehöre.

Weiterhin betont er nochmal die Wichtigkeit der Unterstützung der Träger in der Krisenzeit.

Frau Frenkler kritisiert, dass die Verantwortung zur Umsetzung der Eindämmungsverordnungen vom Land Brandenburg auf die Träger abgewälzt wird, die alle nicht Pandemieerfahren seien. Es müsse eine Gesamtverantwortung für mehr Sicherheit geben. Auch Frau Aubel hätte sich gewünscht, dass es hier eine Landesverantwortung gegeben hätte. Das Land Brandenburg meldete auf Nachfrage jedoch zurück, dass der Vorteil darin liege, dass die Kommunen und Landkreise sich so die für sich passenden Rahmenbedingungen schaffen können. Herr Witzsche äußert den Wunsch nach Empfehlungen von der Stadt für die Träger zur Orientierung. Abschließend wird der Konsens gefunden, dass das gemeinsame Ziel sei, so viele Betreuungsmöglichkeiten wie möglich bieten zu können.

Frau Vandr  stellt die Frage, ob die Verwaltung im Gespräch mit den Trägern sei, wie die Urlaubskapazit ten der Eltern ausgeglichen werden könnten. Frau Aubel weist darauf hin, dass einige Träger berichten, dass die üblichen Schließzeiten in den Sommerferien wegfallen. Andere

Träger können dies so nicht zusagen, bemühen sich jedoch das im Rahmen von Notbetreuungsangeboten abzudecken. Das MBS positioniert sich, dass die Schließzeiten auch in der Pandemiekrise legitim seien. Die Verwaltung appelliert an die Träger diese an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Frau Frenkler schlägt vor, den Bedarf und die Pläne für die Sommerferien je Einrichtung zu erfragen, um so besser planen zu können.

Herr Kolesnyk fragt, wie es im Zuge der neuen Eindämmungsverordnung ab 25.05.2020 in der Kindertagespflege ablaufen würde. Frau Elsaßer führt aus, dass fast alle Tagespflegepersonen die Betreuung wiederaufgenommen haben.

- Wiedereröffnung Kinder- und Jugendclubs

Herr Dr. Pokorny berichtet, dass durch die neue Eindämmungsverordnung ab 25.05.2020 alle Kinder- und Jugendclubs wieder geöffnet haben. Die Verwaltung habe sich mit allen Trägern und Mitarbeitern in Verbindung gesetzt und aufgefordert unter den jeweiligen Gegebenheiten Angebote für die kommenden Wochen inklusive Sommerferien aufzustellen und der Verwaltung eine Übersicht bis zum 29.05.2020 zukommen zu lassen. Die Vorstellung erfolgt im nächsten JHA am 11.06.2020 durch die Verwaltung.

- Pädagogische Angebote, inklusive Homeschooling

Herr Dr. Pokorny berichtet von den Konsequenzen des *Homeschooling*, wodurch auf digitale oder analoge Weise der Unterricht im Heim und/oder Zuhause stattfindet. Analysen zeigen bereits jetzt, dass es verschiedene Auswirkungen auf Eltern und Schüler habe. Da jede Schule und jeder Lehrer die Umsetzung individuell gestaltet, gebe es kein einheitliches Vorgehen.

Der Schulbetrieb entsprechend der Eindämmungsverordnung werde bis zum Beginn der Sommerferien gewährleistet.

Nach der Forderung von Frau Pohle im letzten JHA, sei laut Frau Aibel eine AG gebildet worden, um die Bedarfe der verschiedenen Einrichtungen in Bezug auf das Homeschooling zu ermitteln. Die Bedarfe beziehen sich auf die technische Ausstattung, betreffen aber auch den Personalmangel. In anderen Bundesländern sei es bereits üblich Lehrer aus dem Ruhestand zu holen oder Lehramtsstudierende vorzeitig einzusetzen, was in Brandenburg ihres Erachtens derzeit nicht angedacht sei.

Vor den Ferien erfolgt mit der AG die Abstimmung und Planung, welche Mehrbedarfe wie abgedeckt werden können und wie vorgegangen wird, wenn eine zweite Welle der Corona-Virus-Erkrankung auftreten sollte.

- Erweiterung des Präsenzunterrichts ab 25.05.2020

Herr Dr. Pokorny erläutert, dass mit der neuen Eindämmungsverordnung ab 25.05.2020 zahlreiche Herausforderungen mit der Umsetzung des Präsenzunterrichts für die Schulen entstehen. Die Klassen müssen geteilt werden, der Unterricht verteilt sich über den Tag, zusätzliche Räume sind zu schaffen usw. Die Kombination von Homeschooling, Präsenzunterricht und zusätzlichen pädagogischen Angeboten wird bis zum Beginn der Sommerferien bestehen bleiben.

Mit der weiteren Öffnung/Erweiterung der Schulen steige die Infektionsgefahr. Die Umsetzung der Hygienemaßnahmen sei schwierig, aber zwingend notwendig. Die Verwaltung ist mit den Schulen in Kontakt und sammelt Erfahrungsberichte, sodass seitens der Verwaltung so gut wie möglich unterstützt werden kann.

Frau Aibel berichtet von der Telefonkonferenz mit dem MBS vor dem JHA: es werden momentan zwei Modelle zur Umsetzung nach den Sommerferien ausgearbeitet, die Abstimmung darüber steht noch aus. Auf Nachfrage von Herr Reimann berichtet sie, dass man sich auf ein Präsenzangebot in den Schulen vorbereiten würde (in Kooperation mit den Jugendclubs) sowie auf eine erneute Welle und daraus resultierenden Shutdown. Dies sei jedoch nur in enger Abstimmung und Kooperation mit dem staatlichen Schulamt möglich.

Herr Otto fragt was von der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund geplant sei und fordert konkrete Pläne. Frau Aibel verweist auf die Anregung im letzten JHA am 30.04.2020 und die daraufhin gegründete AG.

Frau Frenker äußert den Wunsch an Frau Aibel, dass die Pläne des MBSJ bezüglich der Einschulung in diesem Jahr dringend in Erfahrung gebracht werden müssten und fordert Pläne für die Ferienbetreuung im Hort (schlägt ggf. Unterstützung durch Lehrer vor).

Herr Kolesnyk gibt die Frage aus dem UA JHP weiter, wie mit den Mehrbedarfen der Jugendclubs umgegangen wird. Frau Aibel antwortet, dass die Träger Sach- und Personalbedarf der Verwaltung (Ansprechpartner 232 QM Jugendförderung Herr Ralf Becker) melden sollen.